



Liebe Leserinnen und Leser,

Wir treten im Land nun allmählich in die heiße Phase des Landtagswahlkampfes ein. Die ersten Wahlplakate hängen, Infostände werden rege durchgeführt und ein ganzer Reigen an Veranstaltungen und Terminen stehen in unserem Kreisverband bevor. Unter www.cduadu.de/termine finden Sie alles aktuell aufgelistet – kommen Sie vorbei, nehmen Sie teil, machen Sie mit!

Ich bin sehr dankbar, dass ich so viele positive Rückmeldungen von Mitgliedern bekomme, die bis in die Haarspitzen motiviert sind um dafür zu sorgen, dass Manuel Hagel und Mario Schneider im Wahlkampf viel Rückenwind bekommen. Es kommt bei der Landtagswahl auf jede Stimme an um am Ende so viel CDU-Politik wie möglich umzusetzen – und Manuel Hagel zum Ministerpräsidenten zu machen. Wir müssen nun gemeinsam die Briefwahl-Welle mitnehmen und zu einer möglichst frühen Stimmabgabe für die CDU aufrufen. Bitte helfen Sie dabei alle mit: in der Nachbarschaft, am Arbeitsplatz, im Verein und Ehrenamt. Herzlichen Dank dafür!

Ihre Ronja Kemmer

Schwerpunkte dieser Sitzungswoche

Durch die **Regierungserklärung des Bundeskanzlers** im Bundestag ist deutlich geworden, dass Friedrich Merz Deutschland und Europa mit Ruhe und Klarheit durch die volatilen Zeiten führt. Grönland, Venezuela, Iran – alle außenpolitischen Themenfelder haben einen direkten Bezug zur Innenpolitik. Die USA bleiben unser wichtigster Verbündeter. Europäische Sicherheit und Frieden in der Ukraine sind ohne die USA undenkbar, es gibt tiefgehende wirtschaftliche Verflechtungen. Andererseits ist klar: Als Europäer müssen wir in vielen Bereichen souveräner werden.

Gemeinsam mit unseren europäischen Partnern müssen wir mehr in unsere **Verteidigungsfähigkeit** investieren und mehr für die **Stärkung unserer Wirtschaft und Wettbewerbsfähigkeit** tun. Daher war die Entscheidung des Europäischen Parlaments, das Mercosur-Abkommen nun dem Gerichtshof der Europäischen Union zur Prüfung vorzulegen, ein leichtsinniger und falscher Schritt. Die Grünen, die maßgeblich zusammen mit den äußersten Rechtsparteien in Brüssel für dieses Ergebnis gesorgt haben, müssen sich zurecht fragen lassen ob sie die Zeichen der Zeit erkannt haben und warum immer dann solche Widersprüche auftreten, wenn es um konkrete Beschlüsse und Maßnahmen geht. Wir haben die EU-Kommission aufgefordert, Mercosur vorläufig in Kraft treten zu lassen.

Das sich abzeichnende **Handelsabkommen mit Indien** ist zudem ein großer Erfolg: es eröffnet Europa und gerade auch Deutschland mit seinen Schlüsseltechnologien wie der Automobilindustrie Zugang zum bevölkerungsreichsten Land der Welt mit 1,45 Mrd. Menschen.

Gut ist: es fließen wieder mehr ausländische Investitionen nach Deutschland als aus Deutschland heraus. Das ist kein Grund für Übermut. Aber es zeigt, dass wir trotz aller vor uns liegenden Hausaufgaben etwas anzubieten haben: **politische Stabilität, Berechenbarkeit und Investitionssicherheit**. Das ist ein Pfund mit dem wir noch mehr wuchern müssen.

Auch in dieser Woche war im Bundestag die Gedenkstunde anlässlich des **Gedenktags zur Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus, die Opfer des Holocaust und die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz**. Die Zeit des Nationalsozialismus ist das dunkelste Kapitel deutscher Geschichte. Aus den Trümmern des Zweiten Weltkriegs erwachsen Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Freiheit. „Nie wieder“ ist richtig – und „nie wieder“ ist jetzt. 81 Jahre nach der Befreiung von Auschwitz, in einer Zeit, in der es immer weniger Zeitzeugen der Schoa gibt, sollten wir uns das in Erinnerung rufen. Doch Formeln allein reichen nicht.

Wir müssen klarer benennen, was ist: Antisemitismus in Deutschland ist nicht Geschichte, er ist heute präsent in seinem alten und neuen Gewand. Rechtsextreme in Deutschland rütteln an dem Gründungsnarrativ unserer Republik, wenn sie den Nationalsozialismus verharmlosen. Islamisten und Linksextreme leben ihren Hass gegen Jüdinnen und Juden offen auf der Straße aus. Wir Christdemokraten werden aber niemals wegschauen, wenn es um den Schutz jüdischen Lebens in Deutschland geht.



Bürokratierückbau & Sozialstaatsreform

In erster Lesung wurde das **Gesetz zum Bürokratierückbau in der Gewerbeordnung und dem Energieverbrauchskennzeichnungsgesetz** sowie anderer Rechtsvorschriften zur Aufhebung von Berichtspflichten in den Bundestag eingebracht. Wie schon dem Titel zu entnehmen ist, geht es darum unnötige Regelungen und Berichtspflichten abzuschaffen, bspw. im Bereich von Weiterbildungspflichten oder Auflagen für Netzbetreiber. Mit der ersten Lesung des **Gesetzes für den Bürokratierückbau im Bereich des Bundesministeriums des Innern** gehen wir einen weiteren Schritt in die richtige Richtung: Weniger Formulare, mehr Klarheit. Durch die Änderungen im Bundesmeldegesetz, im Verwaltungsverfahrensgesetz und im Bundeskriminalamtsgesetz sowie durch die Abschaffung des De-Mail-Gesetzes wird eine weitere spürbare Senkung des Verwaltungsaufwandes erreicht. Das Gesetz sieht konkret die Reduzierung von Prüf-, Auskunfts-, Berichts- und Benachrichtigungspflichten vor, die sich in der Praxis nicht bewährt haben. Stück für Stück setzen wir die Modernisierungsagenda und modernisieren Prozesse und Strukturen der öffentlichen Verwaltung durch praxis- und digitaltaugliche Regelungen um.

Die **Sozialstaatsreformkommission** hat ihre Ergebnisse vorgelegt: hierin sind mutige Reformvorschläge enthalten, die wichtige Ziele aus dem Koalitionsvertrag umsetzen. Die Realisierung der Vorschläge zur Verbesserung von Erwerbsanreizen muss nun zügig vorangetrieben werden. Dasselbe gilt für das zentrale Reformvorhaben, die Zusammenführung der steuerfinanzierten Sozialleistungen (WohnG, KiZ, SGB II und SGB XII). Der Schwerpunkt der Empfehlungen liegt auf Vereinfachung, Vereinheitlichung und Digitalisierung von Leistungen. Damit soll auch der Zugang zu den Sozialleistungen verbessert werden. Alle 26 Empfehlungen wurden einstimmig angenommen und bilden eine gute Grundlage, um die erforderlichen Reformen anzugehen. Auch die Länder haben bei der Einigung eine wichtige Rolle gespielt. Die weiteren Gesetzgebungsmaßnahmen werden nun eingeleitet.

KRITIS-Dachgesetz: ein Plan B für Deutschland

Spätestens seit dem tagelangen Stromausfall in Berlin ist klar: unsere kritische Infrastruktur muss besser geschützt werden. Von der Strom- und Wasserversorgung über die Ernährung bis zum Zahlungsverkehr – es braucht einen Plan B bei Störungen und Ausfällen, egal ob sie auf Sabotage, Terroranschläge oder Naturkatastrophen zurückzuführen sind. Die unionsgeführte Koalition trifft nun mit dem sogenannten „Kritis-Dachgesetz“ Vorsorge.

Was zählt zur kritischen Infrastruktur?

Die kritische Infrastruktur umfasst alle Einrichtungen, die das Gemeinwesen am Laufen halten. Dazu gehören z.B. Stromleitungen und Wasserrohre, Krankenhäuser und Lebensmittelgeschäfte, Banken und Telekommunikation. Nur wenn sie intakt sind, können Verwaltung und Wirtschaft funktionieren, können die Menschen ihrem Alltag nachgehen. Wie wichtig es ist, dass die Basiseinrichtungen des täglichen Lebens funktionieren, zeigt sich immer wieder – etwa während der Corona-Pandemie, bei einem Hochwasser oder eben bei einem Stromausfall. Als kritisch gilt eine Anlage laut Gesetz dann, wenn die Versorgung von mehr als 500.000 Menschen davon abhängt.

Welche Schutzmaßnahmen sind vorgesehen?

Betreiber kritischer Anlagen in Sektoren wie Energie, Verkehr oder Wasser müssen sich registrieren lassen, damit man im Notfall auf sie zurückgreifen kann. Sie werden verpflichtet, Risikoanalysen vorzunehmen, um Gefährdungspotenzial und Schwachstellen aufzudecken. Zum Schutz ihrer Anlagen müssen sie sogenannte Resilienzpläne ausarbeiten. Das heißt, sie müssen darlegen, welche Schutzmaßnahmen sie ergreifen wollen, zum Beispiel Zäune bauen oder Alarmanlagen installieren, Stromgeneratoren anschaffen oder Vorräte an schwer lieferbaren Materialien aufbauen. Schwere Störfälle müssen die Betreiber kritischer Anlagen dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) melden. Das BBK selbst wird künftig Lagebilder der kritischen Infrastruktur erstellen. Auch die Bundesländer können kritische Anlagen identifizieren.

